

http://www.volksstimme.de/debatte/show_fullarticle.asp?Bereich=Meinung%20und%20Debatte&AID=607170&Region=Sachsen-Anhalt&Template=FullArticle_lang&Column=Aus%20der%20Volksstimme

Visionen über eine neue soziale Marktwirtschaft: **Verantwortlicher Kapitalismus und Grundausstattung für alle Bürger**



Lord Ralf Dahrendorf gehört zu den großen liberalen Denkern unserer Zeit. Als Bundespolitiker und EU-Kommissar, als Hochschulrektor in Deutschland und England und Mitglied des Britischen Oberhauses hat er die europäische Gesellschaft wie kaum ein anderer Intellektueller geprägt. Foto: dpa

Insofern kann man auch argumentieren, dass eine neue soziale Marktwirtschaft erforderlich ist, eine neue Legierung, wenn man so will.

Kapitalismus ist keine Vokabel, mit der Ludwig Erhard bei seinen Zuhörern auf Zustimmung hätte hoffen können. Bis in die 60er Jahre, wenn nicht darüber hinaus, galt "Kapitalismus" auch bei den Anhängern der Marktwirtschaft als verpönt. In gewisser Weise hat erst der Kollaps des Sozialismus kommunistischer Prägung dem Wort Kapitalismus zu einer Renaissance verholfen. Wie früher bei der Marktwirtschaft kamen nun aber auch beim Kapitalismus mildernde Adjektive in Mode; da sozialer Kapitalismus irgendwie nicht überzeugend klingt, sprach man mehr und mehr von verantwortlichem Kapitalismus, responsible capitalism.

Das ist nicht selbstverständlich. Das Verhältnis von Kapitalismus und Zeit ist ein eigenes Thema von großer historischer Bedeutung. Der Weg vom Sparkapitalismus über den Konsumkapitalismus zum Pumpkapitalismus hat die Zeitperspektiven der Handelnden immer stärker verkürzt. Für die Entscheidungen eines Hedge-Fonds zählen Stunden.

Verantwortlicher Kapitalismus ist demgegenüber unternehmerisches Wirken mit Blick auf die mittlere Frist. Nicht von Jahrzehnten ist die Rede. So schön es ist, das hundertste Jubiläum eines

Die "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" hatte zu ihrer III. Ludwig-Erhard-Lecture in Berlin Lord Ralf Dahrendorf als Referenten zum Thema "Wie sozial kann die soziale Marktwirtschaft noch sein?" eingeladen. Aus dem Vortrag veröffentlichen wir Auszüge.

Historisch ist die soziale Marktwirtschaft nicht aus einem Guss; sie ist eine Legierung. Eben darin lag ihr Erfolg; darin liegt aber auch ihre Schwäche. Weil sie nicht aus einem Guss war, konnten Teile der sozialen Marktwirtschaft sich verselbständigen. Es konnte am Ende eine Sozialpolitik geben, die die Dynamik der Marktwirtschaft selbst zerstört. Es konnte auch eine wirtschaftspolitische Konzeption geben, die die gewährten sozialen Leistungen bedroht. In beiden Fällen neigen die Verfechter von Konzeptionen dazu, solche Wirkungen zu leugnen.

Für den unbefangenen Beobachter indes liegt im Auseinandertreten des sozialen und des marktwirtschaftlichen Elements des Adenauer-Kompromisses ein Kernproblem, vielleicht das Kernproblem der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Debatte, ja mehr, der gegenwärtigen sozialökonomischen Realität. In diesem praktischen Sinn ist die alte soziale Marktwirtschaft am Ende. Um das noch einmal ganz klar zu sagen: Am Ende ist nicht Müller-Armacks "System" oder Erhards Traum; am Ende ist der schöne Widerspruch der von Adenauer zusammengehaltenen Realität, dem Nachkriegsdeutsche - Nachkriegs-Westdeutsche - mit dem politischen Slogan der sozialen Marktwirtschaft verbinden.

Familienunternehmens zu erleben, bei dem der Besitzer schwört, alles zu tun, damit das Unternehmen auch beim 200. Jubiläum noch besser dasteht als heute, so wenig realistisch ist die Verallgemeinerung einer solchen Perspektive. In der Tat hat die Globalisierung die Schwäche mancher dieser Familienunternehmen auf brutale Weise enthüllt. Aber der Blick auf die nächsten zehn, ja zwanzig Jahre hat segensreiche Folgen, die über die Konkurrenzfähigkeit hinausreichen. Ist das soziale Marktwirtschaft? In gewisser Weise ja, sogar im ursprünglichen Sinn einer Integration von wirtschaftlichem Erfolg und sozialer Wirkung.

Indes gilt auch für eine neu konzipierte soziale Marktwirtschaft, dass sie nicht aus einem Guss ist. Der verantwortliche Kapitalismus im geschilderten Sinn ist aus einem Guss.

Dass der Markt nicht alles leisten kann, was Menschen und ihre Gesellschaften für wünschenswert halten, ist nachgerade ein Gemeinplatz. Der Markt "garantiert keine akzeptable Verteilung wirtschaftlicher Chancen oder Resultate"; er liefert keine oder doch zu wenig "ihrer Natur nach kollektive Güter". "Manche Märkte", Arbeitsmärkte oder Wohnungsmärkte wirken "aus Gründen ihrer Eigenart auf unvollkommene Weise"; zudem wird menschliches Verhalten nicht nur durch "das Eigeninteresse wirtschaftlicher Motive" bestimmt, was relevant ist für die Anwendung von Marktprinzipien auf die Gesundheitsversorgung oder das Bildungswesen. "Kapitalismus reicht daher nicht aus." Es muss etwas hinzukommen, um dem Kapitalismus ein menschliches Gesicht zu geben.

Das sind Zitate aus dem bemerkenswerten Buch von Adair Turner, *Just Capital*. Turner ist im Kern ein Neoliberaler, obgleich er selbst meint, "Liberaler" reiche als Beschreibung. Turner hält nichts vom "Marktfundamentalismus". Kapitalismus pur reicht nicht. "Der Kapitalismus blüht innerhalb einer klar definierten Rolle des Staates als der Instanz, die umfassendere soziale Zielsetzungen bestimmt und durchsetzt."

Die entscheidende These von Turner - die ich mir zu eigen mache - ist, dass auch im Spannungsfeld globaler Märkte Gesellschaften beträchtlichen Spielraum für soziale Zielsetzungen haben. "Entwickelte reiche Gesellschaften sind weitgehend frei, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen." Das geht möglicherweise etwas weiter als sich rechtfertigen lässt. Immerhin argumentiert Turner, dass es keinen Grund der Wettbewerbsfähigkeit gibt, die Staatsquote auf 30 Prozent zu senken. 50 Prozent ist wahrscheinlich zu viel, aber "wahrscheinlich gibt es einen Bereich der ‚Belastung‘ durch Steuern und öffentliche Ausgaben - sicherlich bis zu 40 Prozent des BSP, möglicherweise noch etwas höher - innerhalb dessen das genaue Belastungsniveau relativ wenig ausmacht für die Wirtschaftsleistung".

Die Frage ist also, was die Bürger eines Landes wollen und wie sie es erreichen wollen. Auch Briten hätten gerne bessere öffentliche Dienste; aber sie misstrauen dem Staat so sehr, dass sie nicht bereit sind, die dafür nötigen Mittel bereitzustellen.

Deutsche dagegen sind stolz auf das Dreispartentheater in der nächsten Provinzstadt, von modernen Verkehrsverbindungen und gut ausgestatteten Krankenhäusern ganz zu schweigen, und sie bezahlen das auch klaglos. Jedenfalls war das lange Zeit der Fall.

Heute ist das große Thema von Premierminister Blair und seinem Schatzkanzler Brown, wie die öffentlichen Dienste durch größere staatliche Zuwendungen ausgebaut werden können, während Bundeskanzler Schröder und sein Finanzminister Eichel suchen, die Sozialausgaben des Staates zu begrenzen, um nicht zukünftige Generationen mit den Schulden der Heutigen zu belasten.

Die entscheidende Frage ist, wie wir die sozialen Ziele, die dank einer florierenden Marktwirtschaft finanzierbar sind, definieren. Die Frage ist nicht "Wie sozial ist die Marktwirtschaft?", auch nicht "wie sozial soll sie sein?", sondern: "Wie viel Soziales erträgt eine wettbewerbsfähige Marktwirtschaft?" und "Wer soll dieses Soziale wie bestimmen?"

In jedem Fall folgt aus einem solchen Ansatz ein Maß an Umverteilung. Nichts anderes sind ja die

Steuern, die für soziale Zwecke erhoben werden müssen. Dennoch bin ich nicht angetan von dem Begriff, den Sir Samuel Brittan und Adair Turner für ihre Position gewählt haben. Sie sprechen von RML, einem redistributive market liberalism oder Umverteilungs-Marktliberalismus.

Das ist nicht nur ein Wortungetüm, sondern legt auch nahe, dass Umverteilung ein Ziel und nicht ein (eher bedauerliches) Mittel der Politik ist. Auch mein bevorzugter Begriff ist ein Wortungetüm, sagt jedoch etwas über das Ziel aus. Ich spreche von einem Grundausstattungs-Marktliberalismus. Das ist eine Position, die die Marktwirtschaft ohne Wenn und Aber mit einer Sozialpolitik verbindet, die auf eine Grundaustattung für jeden Bürger abzielt.

Ludwig Erhard sprach gelegentlich von den gleichen Startchancen, die zur sozialen Marktwirtschaft gehören. Der Gedanke weist in die richtige Richtung, geht aber nicht weit genug.

Die Vorstellung einer sozialen Grundaustattung aller Bürger verweist nicht auf eine feste, quantifizierbare Größe. Sie enthält daher auch nicht den abwegigen Gedanken eines sozialen Rechts; die Rede von sozialen Rechten schwächt die Kraft der eigentlichen Bürgerrechte und erhebt zur angeblich einklagbaren Konstanten, was doch legitimer Gegenstand der politischen Auseinandersetzung mit ihren wechselnden Ergebnissen ist. Eher schon kommt einer sozialen Grundaustattung die Idee eines garantierten Grundeinkommens für alle Bürger nahe.

Aber das garantierte Grundeinkommen greift insoweit zu kurz als es die öffentlichen Dienstleistungen nicht einschließt, von denen viele zur sozialen Grundaustattung gehören. Entscheidend ist die Frage: Welche Grundaustattung für alle Bürger lässt sich langfristig durch Umverteilung finanzieren?

Es war nicht meine Absicht, zu aktuellen Fragen der deutschen Politik Stellung zu nehmen. Doch liegt auf der Hand, dass Deutschland ein die Leistungsfähigkeit und Bereitschaft der Steuerzahler überforderndes System der sozialen Sicherheit hatte und auch nach den eingeleiteten Reformen noch hat. Es überfordert, weil es schlicht aus den vorhandenen Mitteln nicht bezahlbar ist und zudem noch eine Spirale wachsender Kosten enthält. Es überfordert auch, weil es in der gegenwärtigen Form die Grenze überschreitet, innerhalb derer die Bürger des Landes sich ohne Schaden für ihre Wirtschaft entscheiden können, welche sozialen Leistungen sie wollen.

Man braucht also kein Marktfundamentalist zu sein, um wirksame Reformen zu unterstützen. Dabei lasse ich einmal die Frage beiseite, ob man auch anders hätte vorgehen können und insbesondere, ob nicht die Konzentration auf eine zentrale Reform - zum Beispiel die des Arbeitsmarktes sowohl wirksamer als auch für alle verständlicher gewesen wäre als der Rundumschlag, der versucht worden ist.

Hier, wo es um Grundsätze geht, ist es jedoch wichtiger, die Kernthese noch einmal zu wiederholen. Die alte, theoretisch unmögliche und doch praktisch überaus erfolgreiche Verbindung von Marktwirtschaft und Sozialpolitik, also die alte soziale Marktwirtschaft hat ausgedient. Eine neue soziale Marktwirtschaft wird in Rechnung stellen, dass es Varianten des Kapitalismus gibt, und sie wird einem verantwortlichen, nämlich auf mittlere Sicht operierenden Kapitalismus den Vorzug geben. Darüber hinaus wird sie ausloten, in welchem Maße die Bürger bereit sind, ein soziales Netz zu finanzieren. In Deutschland wird man - zum Unterschied auch von manchen anderen europäischen Ländern - eine relativ hohe Bereitschaft annehmen können. Dann ist das Thema der politischen Diskussion die Art des Sozialstaates, die wir wollen. Meine Präferenz ist die für ein hohes Maß an individueller Wahl- und Entscheidungsfreiheit, daher auch an Selbstbeteiligung, aber zugleich einer langfristig garantierbaren Grundaustattung für alle Bürger.

Von Lord Ralf Dahrendorf